

Umdenken „aus Respekt vor der Polizei“

CDU und Grüne in Schwalbach nun doch für städtische Ordnungshüter

FAZ 25.02.2010

lat. SCHWALBACH. Die Rathausmehrheit von CDU und Grünen hat im Streit um den Einsatz privater Sicherheitsstreifen eingelenkt. Nach einem Antrag der Koalitionäre sollen künftig zwei Stellen für Hilfspolizisten geschaffen werden, die den bis Ende 2009 eingesetzten privaten Sicherheitsdienst bei Streifengängen in der Nacht und am Wochenende ablösen. Dabei soll eine intensive Zusammenarbeit mit der Polizeistation Eschborn und den Streetworkern sichergestellt werden. Gleichzeitig präferiert der Antrag die Einstellung von Bewerbern mit Erfahrung im freiwilligen Feuerwehrdienst. CDU und Grüne fordern zudem die Auflösung des Stadtverordnetenbeschlusses, mit dem die Übertragung der Aufgabe auf einen privaten Sicherheitsdienst festgelegt worden war.

Damit geht ein seit Wochen schwelender Streit zwischen Bürgermeisterin Christiane Augsburger (SPD), Landrat Berthold Gall (CDU), Polizeidirektor Jür-

gen Moog auf der einen und der CDU-Grünen-Mehrheit auf der anderen Seite zu Ende. Wie berichtet, hatte Augsburger auf Anraten des Landrats Widerspruch gegen die Beauftragung eines privaten Sicherheitsdienstes eingelegt, nachdem die Mehrheit im Haupt- und Finanzausschuss ihr die Zustimmung verweigert hatte, statt privater vier städtische Ordnungskräfte einzustellen. Eindringliche Hinweise Augsburgers zu einem nach der Diktion der Polizei rechtswidrigen Einsatz der privaten Kräfte im öffentlichen Raum ließen CDU und Grüne zunächst außer Acht.

Das Umdenken im Sicherheitsstreit begründete der CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Fischer gestern mit dem „Respekt vor der Arbeit der Polizei“. Moog habe in einem Gespräch mit der Fraktion nochmals dargelegt, warum städtische Ordnungshüter einzusetzen seien. Diesen fachlichen Rat werde die CDU annehmen. Selbst wenn die rechtliche Auslegung über den Einsatz von „schwarzen

Sheriffs“ unter Juristen unterschiedlich ausfalle. Niemandem in der CDU sei an einer ausufernden Kontroverse gelegen. Der Widerspruch Augsburgers werde nach Beschlussfassung des vorgelegten Antrags hinfällig, hob Fischer hervor.

Allerdings halte die Koalition den Einsatz von zwei zusätzlichen Hilfspolizisten nach Rücksprache mit der Polizei durchaus für ausreichend. Das Budget für die Personalkosten werde deshalb wieder von 200 000 auf 100 000 Euro begrenzt, was sich sogar noch als „Spareffekt“ auf den städtischen Haushalt auswirke. Fischer hob hervor, dass die CDU damit ebenso dem Vorschlag Moogs folge, der Kelkheim als positives Beispiel angeführt habe. Dort seien lediglich zwei Hilfspolizisten im Einsatz. Der CDU-Fraktionsvorsitzende fügte hinzu, dass er gerne vor der Eskalation dieser Angelegenheit Hinweise auf rechtliche Bedenken des Landrats gehabt hätte. Das sei aber nicht geschehen, bedauerte Fischer.